

Beschlussvorschlag des Fachausschusses Bildung, Soziales Kultur und Sport:

Der Beirat Hemelingen möge beschließen:

Strukturschwache Stadtteile mit erhöhtem Förderbedarf nicht vergessen!

Am 23. September 2011 hat der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ in zweiter und dritter Lesung beschlossen.

Mit diesem Gesetz hat die Bundesregierung umfangreiche Kürzungen in der Arbeitsmarktförderung beschlossen.

Für Hemelingen bedeutet dies eine elementare Bedrohung von Projekten der sozialen Stadtentwicklung ab dem Jahr 2012 (z. B. in den Bürgerzentren, dem Familien- und Quartierszentrum Mobile, der Bremer Tafel oder beim Schulfrühstück in den Grundschulen des Stadtteils), die mit öffentlich geförderten Beschäftigten Dienstleistungen erbringen.

Da bisher alle Stützungsmaßnahmen Zahl und Anteil der arbeitslosen und sozial Benachteiligten in den Problemgebieten des Stadtteils nicht nachhaltig beeinflusst haben wird grundsätzlich die Weiterführung des Projektes gefordert.

Vor diesem Hintergrund fasst der Beirat folgenden Beschluss:

1. Der Beirat lehnt die vom Bundestag beschlossene „Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ ab.
2. Der Beirat unterstützt den Senat in seinen Bemühungen, im Bundesrat, eine den Interessen der Langzeitarbeitslosen, den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung und den Interessen der Länder und Kommunen entsprechenden Reform der Instrumente des SGB II und SGB III durchzusetzen.
3. Der Beirat fordert für Langzeitarbeitslose in Hemelingen eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt.
4. Der Beirat fordert den Senat auf nach Lösungen zu suchen, wie die stadtteilbezogenen Leistungen der sozialen Stadtentwicklung vor allem in den WIN-Gebieten über das Land Bremen abgesichert werden können.
5. Der Beirat stellt fest, dass alle der 200 Beschäftigungsangebote im Rahmen der öffentlich geförderten Beschäftigung im Stadtteil Hemelingen unverzichtbar sind.

Im Übrigen verweist der Beirat auf seinen Beschluss 25.02.2010

Beschluss des Beirates Hemelingen vom 25.02.2010

„Bremen produktiv“ fortsetzen und ausbauen

Der Beirat Hemelingen fordert von der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales folgendes:

1. Das Programm „Bremen produktiv“ soll fortgesetzt und ausgebaut werden, um Langzeitarbeitslosen in Hemelingen eine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. 1-Euro-Jobs sind nur für jene Erwerbslosen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen akzeptabel, bei denen die soziale Integration im Vordergrund stehen soll.
2. Die Entlohnung der Arbeitsstellen aus dem Programm „Bremen produktiv“ muss über die Armutsgrenze hinausgehend erhöht werden, da der Einkommensunterschied zwischen dem ALG II und einem „Bremen produktiv“ Arbeitsplatz zu gering ist und dazu führt, dass häufig ergänzendes ALG II bei der BAGIS beantragt werden muss.
3. Die Qualifikation von Langzeitarbeitslosen soll im Vordergrund stehen, um ihnen den Sprung in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Qualifikationsmaßnahmen sollen zu Abschlüssen oder Zertifikaten führen, die auf dem Arbeitsmarkt anerkannt sind und nachgefragt werden. Die Qualifikation ist einer reinen Beschäftigung im Sinne eines 1-Euro-Jobs vorzuziehen, weil sie deutlich mehr Chance auf einen Arbeitsplatz bietet.